

„Vertrauen verpflichtet!“

zu stabilen Finanzen und mutigen Reformen

Resolution des Bundesvorstandes des Gemeindebundes anlässlich des
71. Österreichischen Gemeindetages am 1. Oktober 2025 in Klagenfurt

Die finanzielle Situation der meisten Gemeinden ist äußerst problematisch: Die Einnahmen stagnieren, die Umlagen an die Länder steigen massiv. Hinzu kommen weitere steigende Ausgaben, unklare Aufgaben- und Finanzierungsregelungen sowie immer mehr Auflagen und Bürokratie – all das gefährdet zunehmend die Handlungsfähigkeit der Gemeinden und immer mehr von ihnen sind faktisch heute schon handlungsunfähig. Gleichzeitig zeigt die jüngste Vertrauensumfrage: Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind die politischen Vertrauensanker für die Menschen in unserem Land. Mehr als jeder zweite Österreicher vertraut seinem Ortschef – ein klarer Auftrag, auch in schwierigen Zeiten Verantwortung zu übernehmen.

Dieses Vertrauen verpflichtet. Gemeinden müssen oft unpopuläre Entscheidungen treffen – von Gebührenerhöhungen über Bauprojekte bis hin zu Einsparungen und Leistungskürzungen. Dennoch genießen sie Rückhalt, weil sie transparent handeln, nah bei den Menschen sind und Entscheidungen im Sinne der Zukunft ihrer Kommunen treffen. Damit das so bleibt, will der Gemeindebund wichtige, mutige und auch innovative Reformen in Bund und Land anstoßen und unterstützen.

Kommunale Finanzen sichern – Handlungsfähigkeit gewährleisten

Die finanzielle Basis der Gemeinden ist Voraussetzung für Investitionen in Infrastruktur und viele soziale Leistungen. Im Hinblick auf die aktuelle Unterfinanzierung der Gemeinden hat der Bund, gemäß des Bundesverfassungsgesetzes (B-VG), des Finanzverfassungsgesetzes (F-VG) und des Finanzausgleichsgesetzes (FAG), mit dringenden Maßnahmen

- für die kurzfristige Sicherstellung der Liquidität,
- den Erhalt kommunaler Leistungen,
- und bei einer langfristig ausreichenden finanziellen Ausstattung der Gemeinden

mitzuwirken. Als Vertretungsorganisation von 2092 Kommunen, ihren engagierten Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie rund 40.000 Gemeinderätinnen und Gemeinderäten fordert deshalb der Österreichische Gemeindebund mit Nachdruck:

- **Ehrliche Beteiligung** der Gemeinden an den Einnahmen aus CO₂-Bepreisung, Digitalsteuer und Bankenabgabe.
- **Reform der Grundsteuer B** zur Sicherung der kommunalen Infrastruktur – einschließlich der seit 40 Jahren überfälligen Valorisierungen (Anhebung des Hebesatzes) und der Möglichkeit, veraltete Messbeträge zu korrigieren.
- **Klarheit in der Pflichtschule:** Gemeinden sind Schulerhalter, nicht Personalträger für Pädagogik, Inklusion (Stützkräfte) oder Administration. Der Bund muss die zugesagte Finanzierung von Freizeit- und Assistenzpädagogen übernehmen.

- **Eigenverantwortung stärken:** Bei Gesundheits- und Krankentransportleistungen und ergänzenden Finanzierungsbeiträgen von Pflegeheimbewohnern für stationäre Pflege.
- **Optimierung der Vertragsraumordnung zur rechtssicheren Einhebung von Gemeindebeiträgen** von großen Energie- und Infrastrukturprojekten (Wind, PV, Wasserkraft, Leitungen, Batteriespeicher, Rechenzentren usw.).
- **Echte Umsatzsteuerbefreiung** beim Austausch von Gemeindeleistungen zum Zwecke der Kooperation und Absicherung des Vorsteuerabzuges einschließlich Investitionen und spezieller Absicherung des Vorsteuerabzugs.
- **Anhebung des Gemeindeanteils im Finanzausgleich:** Sollten finanziell entlastende Reformen und eine Entflechtung der Finanzierung bei Gesundheit, Pflege und Bildung ausbleiben, wird eine Anhebung der Ertragsanteile von 11,849 % auf 15 % gefordert.

Reformen und Verwaltungsinnovation

Die Gemeinden bekennen sich im Rahmen der Reformpartnerschaft zu einer klaren Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Ziel ist eine effiziente Struktur, die Ressourcen optimal einsetzt, Zuständigkeiten eindeutig regelt und Gemeinden von unnötiger Bürokratie entlastet. Der Gemeindebund unterbreitet folgende **Reformvorschläge**:

1) Reformpartnerschaft und Entflechtung – „Mit Mut und Hausverstand“

- **Einrichtung von Mehrzweck-Dienstleistungsverbänden für die Gemeinden** in jedem Bezirk (Abfall, Abgaben, IT, Bauwesen, Kinderbetreuung usw.) für mehr Effizienz.
- **Klarheit bei „Gesundheitsfinanzierung und Kinderbetreuung“:** Gemeinden übernehmen die Kinderbetreuung vollständig und die Mitfinanzierung bei der Gesundheit entfällt zur Gänze.
- **Lehrberuf Elementarpädagogik** für mehr Praktiker und Praktikerinnen in Kindergärten ohne Anrechnung auf den Personalschlüssel.
- **Schulgesundheit neu:** Vorsorge im Eltern-Kind-Pass verankern, ergänzt um niederschwellige vorsorgende Gesundheitsbegleitung an Schulen.
- **100-Prozent-Kostenübernahme** durch den Bund beim zweiten verpflichtenden Kindergartenjahr.
- **Mobilisierung von Leerstand durch Bürokratieabbau bei Bestandsbauten:** Bspw. durch Umbauordnung nach dem Vorbild Niederösterreichs.
- **Nahversorgung und Ortskerne stärken:** durch digitale Möglichkeiten Nahversorgung (Hybridmärkte, Bankomaten, Paketboxen, Telemedizin usw.) wieder in Ortskernen ermöglichen (Stichwort: Verlängerte Öffnungszeiten).

2) Digitalisierung – moderne Verwaltung für Bürgerinnen und Bürger

- **Gemeinde-Daten-Plattform** als österreichweiter Standard, inkl. App-Store für Verwaltungslösungen.
- **Klare Schnittstellen** für sicheren Datenaustausch zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.
- **ID-Austria für alle:** Freiwillige Ausstellung in Gemeinden.
- **Bürger-Tablet:** Freiwillig für all jene ohne eigenen digitalen Zugang ohne Kostenverpflichtung für die Gemeinden.
- **Flächendeckender Glasfaserausbau** als Daseinsvorsorge.

Die Gemeinden Österreichs stehen zu ihrer Verantwortung und sind bereit, Veränderungen und Reformen mit Mut und Hausverstand mitzutragen. Wir erwarten uns ein faires Miteinander, Ehrlichkeit bei der Finanzierung und mutige Entscheidungen. Nur so bleiben die Gemeinden die Basis des gesellschaftlichen Zusammenlebens und die erste Anlaufstelle für die Menschen.

Einstimmig beschlossen am 1. Oktober 2025 in Klagenfurt durch den Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes.